

Anregung und Beschwerde nach § 16 e GO vom 30.06.2025 der Initiative „Keine Neuverschuldung für die Badebucht“

- Stellungnahme des Rates der Stadt Wedel -

Mit E-Mail vom 30. Juli 2025 an den Stadtpräsidenten, die Fraktionsvorsitzenden und die Bürgermeisterin richtete die Initiative „Keine Neuverschuldung für die Badebucht“ drei zentrale Anregungen und Beschwerden an den Rat der Stadt Wedel. Diese Zentralen Forderungen sind ebenfalls Gegenstand einer Onlineumfrage auf der Plattform OpenPetition.de und wurden dort, ebenso wie in der E-Mail vom 30. Juli 2025, wie folgt formuliert:

Wir fordern den Rat der Stadt Wedel auf,

1. Keinen 14,7 Mio. EUR Kredit über 30 Jahre für die Sanierung und den Umbau der Badebucht aufzunehmen.
2. Mögliche Alternativen mit einer wirtschaftlich realistischen Kosten-kalkulation der Öffentlichkeit vorzulegen, die sowohl die Interessen der Schulen und Sportvereine als auch die der Schwimmbadnutzer berücksichtigen und eventuell einen Ideenwettbewerb auszuschreiben.
3. In die Entscheidungsfindung die Bürger, die Schulen, DLRG, Sportvereine, Seniorenbeirat, Jugendbeirat und Kinderparlament einzubeziehen, eventuell durch eine Bürgerbefragung / Bürgerentscheid, wie ihn die FDP in der Haushaltsrede im März vorgeschlagen hat.

Mit diesen drei zentralen Anregungen und Beschwerden hat sich der Rat der Stadt Wedel umfassend auseinandergesetzt und geht auf die drei Kernforderungen wie folgt ein:

Der Bau der Badebucht litt von Beginn an unter erheblichen Planungsmängeln sowohl hinsichtlich der erwartbaren Besucherzahlen als auch baulicher/ energetischer Art. Das Gebäude war nie auf Betriebskostenoptimierung ausgelegt und verursachte bereits im ersten Jahr der Inbetriebnahme Defizite von rund 2 Mio. EUR. Damit diese Defizite nicht weiter ausufernten suchte und fand man seinerzeit mit der PROVA Unternehmensberatung GmbH einen neutralen Berater für Bäderbetrieb in Deutschland. Dank der fachlichen Expertise der PROVA Unternehmensberatung GmbH gelang es, die Defizite trotz allgemeiner Kostensteigerungen über viele Jahre stabil bei rund 2 Mio. EUR jährlich zu halten.

Allerdings kam das Bad absehbar in die Jahre, sodass spätestens seit 2019 durch Kommunalpolitik, Stadtverwaltung und der Kombibad Wedel GmbH in Zusammenarbeit mit der PROVA Unternehmensberatung GmbH nach Lösungen zur Reduzierung des Defizitausgleichs für den Betrieb des Kombibades aktiv gesucht wurde. Die alternativen Handlungsoptionen reichten von der kompletten Schließung des Bades über Modernisierung mit und ohne Angebotseinschränkungen bis hin zu einem Neubau. Im Rahmen der konzeptionellen Überlegungen wurden dem Aufsichtsrat der Kombibad Wedel GmbH sowie im weiteren Verlauf auch den Ratsmitgliedern mehrere, erste Handlungsoptionen vorgestellt und eine Auswahlentscheidung im Rat am 17.10.2024 herbeigeführt.

Die Politik entschied, dass das Schwimmangebot für Schulen und Vereine in Wedel auf jeden Fall erhalten werden soll, alle weiteren Angebote der heutigen Badebucht waren aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Stadt Wedel nur umzusetzen, wenn sie sich wirtschaftlich tragen. Tatsächlich sind kommunale Schwimmbäder und Schwimmangebote in Deutschland in aller Regel dauerdefizitär und können nur mit kommunalen Zuschüssen betrieben werden. Allen Ratsmitgliedern war sehr deutlich bewusst: Wollte man das Schwimmangebot in Wedel erhalten, würde dieses nur mit zusätzlichen Investitionen in die Badebucht gelingen. Ohne entsprechende Investitionen würde es über kurz oder lang kein Schwimmangebot mehr in Wedel geben. So empfahl der Rat in seiner Sitzung vom 17.10.2024 mehrheitlich per

Beschluss der Geschäftsführung der Kombibad Wedel GmbH eine sogenannte „modifizierte Variante 3“ weiter zu planen und hierfür entsprechende Kosten- und Finanzierungsvorschläge vorzulegen. Diese Variante soll das Schul- und Vereinsschwimmen weiter sichern und auch den Fortbestand des Sauna- und Gastronomiebetriebes beinhalten. Zum damaligen Zeitpunkt waren investive Ausgaben in Höhe von 14,4 Mio. EUR bei Umsetzung dieser Variante zu erwarten.

Um die weitere Planung zu sichern, erfolgte in der Ratssitzung vom 27.03.2025 per Ratsbeschluss die Einstellung der notwendigen investiven Haushaltsmittel für die Modernisierung der Badebucht (gemäß der damaligen Anlage) in den Haushalt 2025 und in die mittelfristige Finanzplanung Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2026 und 2027. Im Haushaltsplan 2025 wurden die investiven Mittel daraufhin eingeplant.

Auch wenn die Haushaltsmittel für eine Modernisierung der Badebucht eingeworben und durch die Kommunalaufsicht genehmigt wurden, so war allen Beteiligten dennoch klar, dass auch weiterhin nach wirtschaftlicheren Alternativen gesucht werden muss. Aus diesem Grunde teilte unter anderem die Bürgermeisterin in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) vom 07.07.2025 mit, dass sie noch weitere Prüfungen in Sachen Badebucht vornehmen lässt.

In drei Stufen sollen von der Stadtverwaltung sowie der Kombibad Wedel GmbH

1. ein Notfallplan erstellt werden, der im Falle eines Ausfalls der Badebucht die Fortführung von Vereins- und Schulschwimmen sichert.
2. eine Kostenprüfung vorgenommen werden für die Ertüchtigung des Lehrschwimmbeckens für einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren.
3. die Planung einer langfristigen Lösung für die nächsten 20 bis 25 Jahre auch unter Prüfung möglicher Standortalternativen (z. B. Rudolf-Breitscheide-Halle, mobile Angebote, etc.) durchgeführt werden.

Es wurden also weiterhin Alternativen zu einer Kreditaufnahme in Höhe von 14,4 bzw. 14,7 Mio. EUR gesucht, tatsächlich ist bis heute keine Kreditaufnahme erfolgt.

Weitere Varianten zur Bereitstellung des Schwimmbadbetriebs wurden durch die Kombibad Wedel GmbH in Zusammenarbeit mit der PROVA Unternehmensberatung GmbH ausgearbeitet. Die Ergebnisse dieses 3-Stufen-Plans hat die Verwaltung im letzten HFA veröffentlicht (siehe MV/2025/118, HFA am 01.12.2025). Ein ausreichend großer, alternativer Standort innerhalb Wedels konnte nicht gefunden werden, der im Besitz der Stadt und von Schülerinnen und Schülern problemlos zu erreichen wäre. Ein Neubau am jetzigen Standort würde erheblich höhere Kosten verursachen, da die Badebucht zunächst abgerissen und der Neubau dann auf der dort existierenden Bodenplatte (unverzichtbar aufgrund der Bodenbeschaffenheit) neu würde erbaut werden können. Außerdem hätte Wedel in diesem Fall über einen deutlich längeren Zeitraum kein Schwimmbad zur Verfügung.

Die Interessen der Schulen, Sportvereine, des DLRG, der Kinder und Jugendlichen sowie aller anderen Einwohnenden der Stadt Wedel sind bei der weiteren Konzeptionierung der Modernisierung der Badebucht von sehr großer Bedeutung. Hierzu besteht Konsens zwischen Kommunalpolitik, Stadtverwaltung und Betreiber der Badebucht. Aus diesem Grunde wurden bereits im Rahmen der ersten Entwicklung möglicher Handlungsalternativen durch die Schwimmbadbetreiber die Gespräche mit Schulen und Vereinen aufgenommen.

Am 04.11.2025 fand außerdem eine Informationsveranstaltung für alle interessierten Einwohnenden statt, die nicht nur Informationen zum Planungsstand lieferte, sondern auch Forum für Fragen und Anregungen an die Stadt und die Kombibad Wedel GmbH war. Weiterhin ist seitens der Stadt und der Badebucht geplant, einen gemeinsamen Termin mit dem Kinderparlament zu organisieren und auch hier Wünsche und Anregungen aufzunehmen. Senioren- und Jugendbeirat werden im Rahmen der Beratungen und Beschlussfassungen

durch Zugriff auf die Tagesordnungen und Entscheidungsvorlagen sowie durch Teilnahme-, Rede- und Antragsrecht in den Beratungen des Rates und seiner Ausschüsse nach Maßgabe des § 47 d Gemeindeordnung S-H während der Entscheidungsfindung eingebunden.

Unabhängig davon können selbstverständlich die Meinungen, Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger, der Schulen, der Sportvereine, des DLRG sowie aller anderen gesellschaftlichen Gruppen auch in weiteren Foren, auf Veranstaltungen oder über andere Formate abgefragt und in der weiteren Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Die Entscheidung über eine der Betriebsvarianten ist jedoch eine Entscheidung über Grundsätze und Ziele der Kombibad Wedel GmbH, da mit dieser Entscheidung auch das Geschäftsfeld und das Leistungsportfolio der GmbH gesteuert werden. Entscheidungen über Grundsätze und Ziele der GmbH sowie über die Kreditaufnahme und Bereitstellung von Haushaltsmitteln obliegen einzig dem Rat der Stadt Wedel und können nicht an die Wahlberechtigten Wedels per Bürgerentscheid übertragen werden. Die Festlegung von Zielen und Grundsätze für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt sowie die Aufnahme von Krediten/ Vergabe von Bürgschaften gehören zu den sogenannten vorbehaltenen Aufgaben des Rates (§ 28 Nr. 14 und Nr. 27 GO). Gemäß § 16 g Abs. 2 GO können jedoch nur Angelegenheiten per Bürgerentscheid entschieden werden, die nicht zu diesen vorbehaltenen Aufgaben des Rates nach § 28 GO zählen.

Der derzeit geltende Gesellschaftsvertrag der Kombibad Wedel GmbH sieht vor, dass Entscheidungen von wirtschaftlich nachhaltiger Bedeutung für den Geschäftsbetrieb der GmbH durch die Gesellschafterversammlung per Beschluss zu fassen sind. Ebenso sieht der Gesellschaftsvertrag vor, dass der Aufsichtsrat diese Beschlüsse vorbereitet und vorab berät sowie der Gesellschafterversammlung eine Entscheidungsempfehlung ausspricht. Der Rat der Stadt Wedel wiederum kann die Arbeit des Aufsichtsrates in Ausübung seines Weisungs- und Entsendungsrechtes beeinflussen. Solche Beschlüsse zur Ausübung des Weisungs- und Entsendungsrechtes gehören ebenfalls zu den vorbehaltenen Aufgaben des Rates gemäß § 28 Nr. 1 GO und können nicht auf Andere delegiert werden.

Auch das Weisungsrecht des Rates an den Aufsichtsrat kann folglich nicht per Bürgerentscheid durch Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden (§ 28 Nr. 1 i. V. m. § 25 Abs. 1 Gemeindeordnung S-H).

Ein Ideen-Wettbewerb zur Unterstützung der Meinungsbildung des Rates ist derzeit nicht geplant. Dieser hätte auch keinerlei verbindlichen Einfluss auf die durch den Rat vorzunehmenden Weisungen an den Aufsichtsrat, da der Rat seine Entscheidungen frei und ohne Bindung an Aufträge und Weisungen zu treffen hat. Alle Ratsmitglieder besitzen das sogenannte „Freie Mandat“. Welche Weisungen der Rat also den Mitgliedern des Aufsichtsrates i. S. d. § 25 Abs. 1 GO erteilt, darf weder durch einen Ideen-Wettbewerb noch durch eine Bürgerbefragung vorgegeben werden. Das freie Mandat der Ratsmitglieder beinhaltet, dass jedes Ratsmitglied für sich allein entscheiden kann, welche Informationsquellen es heranzieht, um sich ein Meinungsbild über das öffentliche Wohl und die Bedarfe der Allgemeinheit zu bilden. Die Ergebnisse eines Ideen-Wettbewerbes müssen also nicht in die Meinungsbildung einfließen, wenn die Mitglieder des Rates für sich andere Wege der Informationsgewinnung erschlossen haben.

Die Anregungen sämtlicher Bevölkerungsgruppen, aber insbesondere auch die der Kinder, Jugendlichen und Senioren sowie der Schulen und Vereine, werden gehört und sind für den Entscheidungsfindungsprozess von erheblicher Bedeutung. Ein Bürgerentscheid zur Entscheidungsfindung wird hingegen durch den Rat der Stadt Wedel nicht initiiert werden, da dieser unzulässig wäre und auch die Durchführung von Ideen-Wettbewerben und Bürgerbefragungen sind aktuell nicht vorgesehen, da solche Veranstaltungen wenig Wirkung und Einflussnahme auf die Entscheidungen ermöglichen.

Allen Beteiligten ist es wichtig, bei der Neukonzipierung der Badebucht, die beste Variante hinsichtlich Kosten und Nutzen unter Einbeziehung externer Fachexpertise für die Bürgerinnen und Bürger Wedels zu erarbeiten. Aufgrund der finanziellen Lage Wedels sind wir jedoch gezwungen, uns auf die kostengünstigste Variante zur Wahrung unserer kommunalen Aufgabe (Schwimmbadausbildung insbesondere der Kinder und Jugendlichen) zu konzentrieren. Um den städtischen Haushalt möglichst zu entlasten ist es das vorrangige Ziel aller, diese Baumaßnahme durch die Gewinnung von Fördermitteln zu entlasten. Zurzeit wird an der Teilnahme am Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten 2025/2026“ intensiv gearbeitet.

Die Fraktionen und politischen Parteien im Rat der Stadt Wedel
CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, WSI, FDP und Die Linke